

Übersichten

Dezember 2002

Außenpolitik

1 Harmonischer Gipfel in Krisenzeiten: China und Russland appellieren an Nordkorea

Sowohl Chinas Präsident Jiang Zemin wie auch sein russischer Amtskollege Wladimir Putin hatten bereits im Vorlauf zum Beijinger Gipfeltreffen vom 1. bis 3. Dezember den hohen Stellenwert der bilateralen Beziehungen zwischen China und Russland mehrfach herausgestrichen. Dieser Eifer kann als Hinweis auf die erfolgreiche Bereinigung eines in der Vergangenheit zuweilen recht gespannten Verhältnisses verstanden werden. Zugleich erscheint er wie eine beiderseitige Betonung, dass die jeweilige Annäherung an die USA die chinesisch-russischen Beziehungen nicht stört.

Beijing hatte mit Sorge verfolgt, wie Putin den Widerstand gegen den amerikanischen Ausstieg aus dem ABM-Vertrag aufgab, im Krieg gegen den Terrorismus zunehmend näher an die USA rückte und schließlich mit dem Nato-Russland-Rat ein Sonderverhältnis zur NATO einging.

Auch China bemühte sich währenddessen um eine Verbesserung des Verhältnisses zu Washington (Jiang Zemin besuchte US-Präsidenten George W. Bush im Oktober) und bekundete sogar kürzlich ein Interesse an engeren Kontakten mit der NATO. Weil Moskau und Beijing kaum verbergen können, dass die Beziehungen zu Washington derzeit von größerer politischer, ökonomischer und sicherheitspolitischer Bedeutung sind als das sino-russische Verhältnis, ging es Putin bei dem Gipfel in Beijing vor allem darum zu versichern, dass die jüngste Annäherung an den Westen keine Geringschätzung der russisch-chinesischen strategischen Partnerschaft bedeutet.

Putin lobte die neue strategische Partnerschaft zwischen China und Russland. Jiang Zemin bekräftigte, die Länder würden für immer gute Nachbarn, Freunde und Partner sein, niemals wieder Feinde. Ein harmonischer Gipfel sollte die Stärkung der bilateralen Beziehungen demonstrieren und damit – auch mit Blick auf die USA – ein Zeichen setzen.

Putin traf außerdem als erster Präsident eines größeren Staates mit Jiang Zemin designiertem Nachfolger Hu Jintao zusammen. Dabei unterstrich Putin, dass der Generationswechsel in der chinesischen Führung seinen Besuch zu einem besonderen Ereignis mache. Er zeigte sich überzeugt, dass die vierte Führungsgeneration, an deren Grundlage Hu Jintao schon mitgearbeitet habe, die bilateralen Beziehungen unverändert voranbringen werde. Hu, der bereits im Oktober 2001 zu einem Arbeitsbesuch nach Russland eingeladen worden war, lobte die chinesisch-russischen Beziehungen als gereift und stabil. Des Weiteren traf der russische Präsident auch Li Peng und Zhu Rongji.

Inhaltlich dominierten Gespräche über die Terrorbekämpfung, über Nordkorea und den Irak das Treffen, wobei beide Seiten mehrfach Übereinstimmungen in der Außenpolitik und der Terrorbekämpfung unterstrichen. In einem gemeinsamen Appell forderten China und Russland ihren direkten Nachbarn Nordkorea auf, sein Nuklearwaffenprogramm aufzugeben. Zudem riefen sie die USA und Nordkorea auf, ihre Kontakte wieder

aufzunehmen und ihre Beziehungen zu normalisieren. Der nuklearfreie Status der nordkoreanischen Halbinsel wie das System der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sei wichtig für den Weltfrieden und die Sicherheit in Nordostasien. Dieser deutliche Appell an Pyongyang kann als das herausragende Ereignis des Gipfeltreffens bewertet werden (vgl. Ü 3).

Mit Blick auf die militärischen Drohgebärden der USA gegenüber Bagdad zeigten sich China und Russland als Veto-Mächte im Weltsicherheitsrat einig, dass eine Entscheidung in der Irak-Frage im Sicherheitsrat gefällt werden solle. Die Krise dürfe nur durch politische und diplomatische Mittel gelöst werden, so die Übereinkunft.

Jiang Zemin bekräftigte, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Zusammenarbeit im Kampf gegen die „drei Kräfte“ Separatismus, Extremismus und Terrorismus eine wichtige Aufgabe für China und Russland bei der Sicherung von Frieden und Ruhe in beiden Ländern sei. Er sicherte Putin die chinesische Unterstützung im Kampf gegen tschetschenische Terroristen zu, und Putin versprach seinerseits Unterstützung für Chinas Vorgehen gegen muslimische Separatisten in Xinjiang. Beide Seiten würdigten die wichtige Rolle der Shanghai Cooperation Organization bei der grenzüberschreitenden Bekämpfung des Terrorismus in Zentralasien. Weiter versprach Putin, Russland werde keine offiziellen Kontakte zu Taiwan aufnehmen und erkenne nach wie vor an, dass Tibet ein untrennbarer Teil Chinas sei. Eine gewisse Unzufriedenheit mit der Hegemonialpolitik der USA offenbarten China und Russland dann dennoch durch ihr Bekenntnis zu dem Ziel, eine multipolare Weltordnung zu schaffen. Jiang Zemin verstärkte diese Haltung mit den gewohnten Worten, die unfaire und irrationale alte internationale politische und wirtschaftliche Ordnung müsse sich fundamental ändern.

Wie die Nachrichtenagentur ITAR-TASS meldete, verfolgte der Kreml mit dieser Visite auch das Ziel, das Ungleichgewicht zwischen dem hohen Niveau des politischen Dialogs und den Wirtschafts- und Handelsbezie-

ungen zu verringern. Der bilaterale Handel bleibt trotz der seit Jahren geäußerten Absichtserklärungen beider Politiker gering. In diesem Jahr wird ein Anstieg des Handelsvolumens auf 12 Milliarden Euro erwartet. Russland nimmt nur den achten Platz als Handelspartner für China ein, China steht für Russland dagegen an sechster Stelle. Die VR China importiert aus Russland vor allem wichtige Rüstungsgüter und Kampfflugzeuge. Im Zentrum des Interesses steht gegenwärtig jedoch das Öl. Da China täglich 2 Millionen Barrel Rohöl einführen muss, wovon ca. 60% aus dem Nahen Osten stammen, gewinnen Russlands Ölquellen angesichts eines drohenden Irak-Krieges an nicht zu unterschätzender Bedeutung. Putin betonte denn auch den Energiesektor mit Gas und Öl neben der Weltraumtechnologie und der Luftfahrt als wichtigen Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Doch die erwartete Unterzeichnung für eine 3.000 km lange Gaspipeline von Sibirien (Angarsk) nach Nordostchina (Daqing) wurde während des Besuchs nicht bekannt gegeben. Die Machbarkeitsstudie sei noch nicht abgeschlossen, über Preise werde noch verhandelt, hieß es in Presseberichten.

Es fanden auch Gespräche über gemeinsame Anstrengungen gegen illegale Einreise und Menschensmuggel statt. Die illegale Migration stellt einen belastenden Faktor für das chinesisch-russische Verhältnis dar, da Russland eine Überflutung durch chinesische Arbeitskräfte fürchtet.

Darüber hinaus wünschte sich Putin eine stärkere Unterstützung Chinas für Russlands Beitritt zur WTO.

Als Ergebnis des Gipfels unterzeichneten beide Seiten eine gemeinsame Erklärung in acht Teilen über bilaterale Beziehungen, Politik, Wirtschaft, Handel, Bildung, kulturelle Beziehungen und Übereinstimmungen bezüglich internationaler und asiatisch-pazifischer Themen. Darin wurde erneut die wichtige und historische Bedeutung des sino-russischen Freundschaftsvertrags vom Juli 2001 betont. Des Weiteren wurden Abkommen zwischen den Steuerbehörden, über die Ausweisung von Verurteilten, über regelmäßige Treffen der Ministerpräsidenten, über Tourismus, über die Zu-

sammenarbeit beider Staaten bei der Bekämpfung von Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus unterzeichnet. Die Bank of China räumte der russischen Außenhandelsbank einen Kreditrahmen von 200 Millionen US-Dollar ein, um den Import chinesischer Ausrüstung zu finanzieren. (XNA, 27.11., 29.11., 01.12., 03.12., 04.12.02; FT, 03.12., 30.12.02; SCMP, 02.12., 03.12., 04.12.; Xinhua, 03.12.02, nach BBC PF, 04.12.02; Xinhua, 28.12.02, nach BBC PF, 29.12.02; NZZ, 03.12.02; IHT, 30.11., 02.12., 03.12.02; RMRB, 04.12.02, nach BBC PF, 04.12.02; ITAR-TASS, 02.12.02, nach BBC PF, 03.12.02; WSJ, 03.12., 29.12.02; HB, 03.12.02; FAZ, 02.12., 03.12.02) -em-

2 Weißbuch 2002 zur Landesverteidigung in der VR China

Das Pressebüro des Staatsrates veröffentlichte am 9. Dezember das „Weißbuch 2002 zur Landesverteidigung der VR China“, dem vor allem die Funktion der Herstellung größerer Transparenz im Militärssektor und der Angleichung an internationale Gepflogenheiten beigemessen wird. Es ist damit das vierte dieser Art seit 1995.

War das Weißbuch vor zwei Jahren noch von harter Kritik an den USA und den Großmächten gekennzeichnet, die angesichts des militärischen Angriffs der NATO auf das verbündete Jugoslawien u.a. des „Neointerventionismus“, des „Wirtschaftskolonialismus“ und einer „neuen Kanonenbootpolitik“ bezichtigt wurden und sich den Vorwurf gefallen lassen mussten, unter dem Vorwand von „Humanität“ und „Menschenrechten“ die UN-Charta mit Füßen zu treten, so klingen im Weißbuch 2002 vergleichsweise wenig anti-amerikanische Töne an.

Die chinesische Regierung drängt darin zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den USA und anderen Regierungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Die neue Betonung der Zusammenarbeit mag von wachsendem Vertrauen zu Washington aber auch in die eigene Position innerhalb der Weltordnung zeugen. Der Schlüssel zu dieser Verlagerung mag wohl einerseits im Bewusstsein Beijings liegen, dass dem anhaltenden Wirtschaftswachstum und dem zuneh-

menden Einfluss in der Welt am besten durch eine stabile Weltordnung gedient sei, die insbesondere mit Hilfe der USA erreicht werden kann. Auf der anderen Seite findet China in der internationalen Koalition gegen den Terrorismus eine Legitimation, seinen Kampf gegen islamistischen Separatismus in den Westregionen mit der weltweiten Anti-Terror-Kampagne zu verknüpfen. Die Aufnahme der „East Turkestan Islamic Movement“ auf die Liste terroristischer Organisationen des Sicherheitsrates weist in diese Richtung, wie auch die Gründung des Zentrums für Terrorismusbekämpfung innerhalb der Shanghai Cooperation Organization.

Härtere Töne schlägt die chinesische Regierung in gewohnter Manier bei der Taiwan-Frage an und formuliert eine Zurechtweisung an die Länder, die Taiwan bei seiner Verteidigung unterstützen. So heißt es, eine Hand voll Länder würde sich durch Waffenverkäufe und Aufwertung ihrer Beziehungen zu taiwanischen Behörden in Chinas innere Angelegenheiten einmischen, separatistische Kräfte anheizen und Chinas friedliche Wiedervereinigung untergraben. Diese Rüge kann als Seitenhieb auf die USA verstanden werden, die von China für wachsende Spannungen in der Taiwan-Straße in die Verantwortung genommen werden. China erklärt die Unabhängigkeitskräfte auf Taiwan zur größten Bedrohung für Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße und wirft Taiwan vor, an Stelle des „Ein-China-Grundsatzes“ hartnäckig die Unabhängigkeit zu verfolgen und dabei sogar so weit zu gehen, von „einem Land auf jeder Seite“ zu sprechen. Zwar verfolge China das Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung, doch sei Gewaltanwendung – wie auch bereits im Weißbuch 2000 – nicht auszuschließen.

Das Weißbuch stellt vor allem den defensiven Charakter der chinesischen Verteidigungspolitik sowie den Aufbau der Landesverteidigung in den letzten zwei Jahren vor. Inhaltlich werden Fragen der Sicherheitslage Chinas, der Verteidigungspolitik, der Streitkräfte, des Aufbaus der Landesverteidigung und der Armee sowie internationale Sicherheitskooperationen, Rüstungskontrolle und Abrüstung behandelt. Dabei sind wenig Informationen über die Kampffähigkeit

der Armee und deren Führung offen gelegt. Chinas offizielle Truppenstärke für 2002 beläuft sich wie auch vor zwei Jahren auf ca. 2,5 Millionen. Für 2002 wurde Chinas offizieller Verteidigungsetat auf 169,4 Mrd. Yuan (rund 120,8 Mrd. Yuan in 2000) beziffert, was ca. 8% der gesamten Staatsausgaben entspricht. Damit liegt China sowohl absolut als auch als Anteil der gesamten Staatsausgaben gesehen weit unter den Etats der USA, Russlands, Großbritanniens und Frankreichs.

Im Anschluss an die Weltgemeinschaft bekennt sich China zur Wahrung und Förderung von Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie zur Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Das Weißbuch bekräftigt, dass die chinesische Regierung für ein umfassendes Verbot und die gründliche Beseitigung von chemischen, biologischen und atomaren Waffen eintritt. China verzichtet auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu allen Zeiten und unter allen Umständen, und es verzichtet bedingungslos auf die Anwendung und Androhung von Atomwaffen gegenüber den atomwaffenfreien Ländern oder Regionen. Ausdruck wird dem Bedauern über die Außerkraftsetzung des ABM-Vertrages und der Sorge über die Entwicklung des Raketenabwehrsystems (TMD) verliehen. Diese Entwicklung wende sich gegen Frieden und Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region, heißt es im Weißbuch.

Die Verhütung einer Militarisierung des Weltraums und eines Wettrüstens im All stuft die chinesische Regierung als sehr dringendes Problem ein. Sie spricht sich für internationale Verhandlungen mit dem Ziel aus, so bald wie möglich entsprechende juristische Vereinbarungen abzuschließen, die eine Waffenstationierung im Weltraum und die Gewaltanwendung oder -androhung gegen Weltraum-Objekte verhindern und somit Frieden und Ruhe im All garantieren sollen. Die Genfer Abrüstungskonferenz wird als eine geeignete Stätte für solche Verhandlungen vorgeschlagen. (WSJ, 09.12., 10.12.02; IHT, 11.12.02; CNAT, 10.12.02; FAZ, 10.12.02; XNA, 10.12.02) -em-

3 Beijings Dilemma: Nordkorea

Sowohl Jiang Zemin als auch Hu Jintao versicherten Kim Jong-il am 7. Dezember in einem Dankeschreiben für dessen Glückwünsche zum Parteitag der KPCh, es sei die standhafte Politik der Partei und Regierung, die traditionelle Freundschaft zwischen China und der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea zu stärken. Aus dem chinesischen Außenministerium hieß es, China und Nordkorea seien freundliche Nachbarn, und China werde in Zukunft wie auch in der Vergangenheit dem Nachbarn in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten Hilfe leisten. Worte der Kritik am Atomprogramm Nordkoreas waren nicht zu vernehmen. Dabei hatte Beijing erst Tage zuvor in der chinesisch-russischen Erklärung (vgl. Ü 1) sowie beim Besuch des amerikanischen Vize-Außenministers Richard Armitage in Beijing Mitte Dezember ausdrücklich bekundet, die chinesische Regierung sei für einen nuklearfreien Status der nordkoreanischen Halbinsel sowie für die Wiederaufnahme und die Normalisierung der Kontakte zwischen Nordkorea und den USA.

Die USA setzen große Hoffnung auf den Einfluss Chinas in Pyongyang und senden unermüdlich Signale an Beijing, Druck auf Nordkorea auszuüben, das Atomprogramm zu beenden und das Rahmenabkommen von 1994 einzuhalten. Doch offensichtlich hält Beijing nicht viel von einer Beteiligung an der weiteren Isolierung Nordkoreas. Die Deeskalation des Nordkorea-Konfliktes und die Aufrechterhaltung des Status quo im Nachbarland liegt vor allem im eigenen Interesse der chinesischen Führung, da diese im „Ernstfall“ viel zu befürchten hätte: Wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte asiatisch-pazifische Region, weitere Flüchtlingsströme aus Nordkorea nach China, nukleare Aufrüstung Japans, die Atombombe aus Nordkorea und – sollte ein Machtvakuum in Nordkorea entstehen – amerikanische Truppen direkt an der chinesischen Grenze.

Analysten halten die chinesische Taktik jedoch für kurzfristig. Indem China Nordkorea auf die lange Bank schiebe, sei ein „Boomerang-Effekt“ nicht auszuschließen. Denn während die nordkoreanische Kapazität zur Anreicherung waffenfähigen Urans aus

Pakistan stammen könnte, wird der Verdacht geäußert, China habe das nukleare Know-how beigesteuert und sich somit an der nuklearen Aufrüstung seines Nachbarn beteiligt.

Auf der anderen Seite streiten sich Experten darüber, wie weit Beijings Einfluss auf die unberechenbare Herrschaft in Pyongyang überhaupt reicht.

Die chinesische Regierung belässt die ihr von den USA aufgetragene Kritik am „bösen Nachbarn“ bei einem öffentlichen Appell an Nordkorea. Druck übt sie nicht aus, und das nagt an Washingtons Geduldsfaden. Auf dem Spiel stehen dabei die gerade durch den Kampf gegen den internationalen Terrorismus erwärmten sino-amerikanischen Beziehungen. Offensichtlich steckt Beijing in einem Dilemma. Dieses könnte neben der Irak-Frage zur außenpolitischen Nagelprobe für Hu Jintao als designierten Nachfolger Jiang Zemins werden. (FT, 03.12., 30.12.02; WSJ, 02.12., 27.12.02; IHT, 09.12., 27.12.02; XNA, 13.12.02; KCNA news agency, Pyongyang, 07.12.02, nach BBC PF, 08.12.02; *Economist*, 05.12.02; Hong Kong AFP, 12.12.02) -em-

4 Chinesisch-amerikanische Verteidigungsgespräche auf Vize-Minister-Ebene

Die fünften bilateralen Verteidigungsgespräche auf Ebene der Vize-Minister seit 1997 wurden Anfang Dezember in Washington von Xiong Guangkai, Vize-Generalstabschef der PLA und Douglas Feith, US-Staatssekretär für Verteidigungspolitik, aufgenommen und im Anschluss daran in Beijing von Liang Guanlie, Stabschef der PLA, und Admiral Thomas Fargo, Befehlshaber der US-Pazifikflotte, fortgeführt. Die formale Wiederaufnahme der militärischen Kontakte nach der Krise um die Kollision zwischen einem chinesischen Abfangjäger und einer amerikanischen Aufklärungsmaschine war während Jiang Zemins Besuch in den USA im Oktober beschlossen worden.

Im Mittelpunkt der bilateralen Gespräche standen insbesondere Sicherheitsfragen zum Irak, Nordkorea und Taiwan. Thomas Fargo lobte Chinas Unterstützung im UN-Sicherheitsrat

für die Irak-Resolution 1441 und begrüßte die Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Er unterstrich Chinas wichtige Rolle bei der Beilegung der Atomkrise in Nordkorea und ließ sich von der chinesischen Seite deutlich versichern, Nordkorea keine Raketentechnologie zu Verfügung zu stellen. Fargo bezog auch Stellung zum Weißbuch zur chinesischen Landesverteidigung 2002 (vgl. Ü 2) und äußerte sein Bedauern über den Unwillen der chinesischen Regierung, eine Gewaltanwendung in der Taiwan-Frage auszuschließen. Die Aufrüstung der Raketen-geschosse an der Küste des Festlandes sei „bedrohlich“ und diene zur „Einschüchterung“. Dies sei nicht die richtige Herangehensweise, das Risiko und die Spannung in der Taiwan-Straße zu reduzieren. Er appellierte an eine friedliche Lösung ohne Gewaltanwendung oder -androhung und wiederholte die amerikanische Unterstützung für den Ein-China-Grundsatz. Er bestätigte aber auch die Verpflichtung der USA nach dem Taiwan Relations Act, Waffen zur Verteidigung an Taiwan zu verkaufen.

Die amerikanische Seite sieht in dem Dialog die Gelegenheit, die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit gegen den weltweiten Terrorismus zu verstärken und eine transparentere Kommunikation zwischen den Streitkräften zu ermöglichen, um Fehleinschätzungen und Missverständnisse zu vermeiden und Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Das chinesische Außenministerium bezeichnete die bilateralen Gespräche als „offen und produktiv“. Beide Seiten würden von dem Meinungsaustausch profitieren, hieß es.

Xiong Guangkai traf in Washington auch Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Vize-Verteidigungssekretär Paul Wolfowitz. Thomas Fargo besuchte Militärbasen in Beijing, Chengdu, Nanjing, Ningbo und Shanghai und führte u.a. Gespräche mit dem stellvertretenden Außenminister der VR China. (Xinhua, 11.12.02, nach BBC PF, 12.12.02; Xinhua, 12.12.02, nach BBC PF, 13.12.02; ZXS, 11.12.02, nach BBC PF, 12.12.02; SCMP, 18.12.02, nach BBC PF, 19.12.02; ST, 14.12., 18.12.02; XNA, 13.12., 14.12.02; ZXS, 09.12.02, nach BBC

PF, 10.12.02; SCMP, 11.12., 18.12.02; WSJ, 12.12.02) -em-

5 Menschenrechtsdialog mit den USA?

Schon vor Aufnahme des amerikanisch-chinesischen Dialogs über die Menschenrechte war abzusehen, dass sich die amerikanische Seite mit harter Kritik an der chinesischen Regierung zurückhalten werde. Finden die Gespräche doch zu einer Zeit statt, wo die USA auf Unterstützung und Hilfe von China in hohem Maße angewiesen sind: Auf Nordkorea soll die chinesische Regierung Druck ausüben, das Atomprogramm zu beenden. In der Irak-Frage wünscht sich Washington von China im Sicherheitsrat eine Unterstützung bzw. wenigstens eine Enthaltung im Falle eines militärischen Vorgehens gegen Saddam Hussein. Die amerikanische Seite will die Gunst Beijings also auf keinen Fall verprellen. So wundert es wenig, dass Chinas außenpolitischer Sprecher am Ende des Dialogs verkündete, die Diskussionen seien in offener, freundlicher Atmosphäre abgehalten worden und hätten positive Resultate erbracht.

Es war bereits der 13. Menschenrechtsdialog zwischen China und den USA, der am 16. und 17. Dezember in Beijing abgehalten wurde. Der Dialog war 1999 nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch amerikanische Kampfflugzeuge abgebrochen worden. Im Juli hatten sich die Außenminister Tang Jiaxuan und Colin Powell geeinigt, den bilateralen Menschenrechtsdialog wieder aufzunehmen. Die chinesische Seite wurde nun von Li Zhaoxing, Vize-Außenminister und Li Baodong, Leiter Internationaler Organisationen und Konferenzabteilungen im Außenministerium und die amerikanische Seite von Lorne W. Craner, Leiter des Büros für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit des Außenministeriums, vertreten.

Im Vorfeld plante Craner, eine Reihe heikler Themen anzusprechen wie Religionsfreiheit, Arbeitsrecht, strafrechtliche Themen, das chinesische Rechtssystem, die Freilassung politischer Gefangener, den Umgang der chinesischen Regierung mit Fa-

lun Gong und den Minderheiten in Tibet und Xinjiang, wie ein amerikanischer Botschaftsbeamter äußerte. Menschenrechtsgruppen werfen der VR China vor, die weltweite Kampagne gegen den internationalen Terrorismus als Vorwand zu gebrauchen, separatistische Aktivitäten und den friedlichen Widerstand der muslimischen Bevölkerung in Xinjiang zu unterdrücken. Die amerikanische Delegation bereiste zwar u.a. die Autonome Region Xinjiang, Chinas Außenpolitischer Sprecher ließ jedoch keine Einzelheiten über die Ergebnisse der Gespräche zu diesem und den anderen heiklen Themen verlauten. Er gab lediglich bekannt, das gegenseitige Verständnis sei gestärkt, der Konsens ausgeweitet und Meinungsverschiedenheiten beigelegt worden. Craner sagte im Anschluss an den Dialog, die chinesische Seite habe versprochen, UN-Untersuchungskommissionen bedingungslos nach China einreisen zu lassen, um Fragen zur Religionsfreiheit und Folter zu klären.

Weiterhin wurde die Freilassung des politischen Dissidenten Xu Wenli bekannt, der auf der Spitze der Liste von politischen Gefangenen stand, die Craner der chinesischen Seite überreichte und dessen Freilassung die USA als höchste Priorität betrachteten. Xu Wenli wurde 1998 wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu 13 Jahren Haft verurteilt. Er hatte sich u.a. bei einem Besuch Bill Clintons in der VR China 1998 an einem offenen Aufruf für unabhängige politische Parteien und Arbeitervereinigungen beteiligt und sich für die China Democracy Party engagiert. Seine Inhaftierung hatte seither in den USA, bei westlichen Regierungen sowie bei Menschenrechtsgruppen große Proteste hervorgerufen. Xu Wenlis Freilassung offenbart auch den Wunsch der chinesischen Regierung, die Beziehungen mit den USA weiter zu verbessern. (IHT, 26.12.02; SCMP, 16.12.02; Xinhua, 17.12.02, nach BBC PF, 18.12.02; Xinhua, 18.12.02, nach BBC PF, 19.12.02; ZXS, 05.12.02, nach BBC PF, 06.12.02) -em-

6 Keine voreiligen Schlüsse aus dem irakischen Waffenbericht

Als Zeichen der Zusammenarbeit wertete der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan die pünktliche Vorlage des irakischen Rüstungsberichtes und versteht diese zusammen mit Russland und Frankreich als Schritt in Richtung einer diplomatischen Konfliktlösung.

Nach einer ersten Beurteilung des irakischen Waffenberichts im Sicherheitsrat waren aus China im Gegensatz zu den USA und Großbritannien, die das Dossier aus Bagdad bereits als „lückenhaft“ bzw. „sehr enttäuschend“ bezeichneten, vorsichtiger Töne zu vernehmen. Tang Jiaxuan stellte fest, gegenwärtig bestünde kein Grund, voreilige Schlüsse aus dem irakischen Bericht zu ziehen. Die chinesische Seite habe eine Gruppe von Experten aus verschiedenen Abteilungen einberufen, die eine erste Überprüfung der Inhalte vornehmen würden. Aufgrund des Umfangs, der langen Zeitspanne und der Komplexität des Inhaltes werde die Überprüfung jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Nach den Worten von Tang Jiaxuan soll die Irak-Resolution 1441 umfassend und gewissenhaft umgesetzt werden. Die chinesische Seite unterstütze die Überprüfung des Berichts durch den UN-Sicherheitsrat und sei zu enger Beratung mit allen relevanten Parteien bereit. Grundsätzlich sei die chinesische Seite der Meinung, dass die Inspektoren der UNMOVIC und der IAEA vollständig in der Lage seien, den irakischen Bericht durch Vor-Ort-Inspektionen einzuschätzen und dem Sicherheitsrat diese Einschätzung zu präsentieren. China sei nach wie vor für eine politische Lösung der Irak-Frage im Rahmen der UNO.

Auch gegenüber dem amerikanischen Vize-Außenminister, Richard Lee Armitage, der Mitte Dezember Beijing besuchte, wiederholte Tang Jiaxuan diese chinesische Position zum irakischen Waffenbericht. (XNA, 13.12., 20.12., 21.12.02; SZ online, 09.12., 19.12.02; ZXS, 20.12.02, nach BBC, 21.12.02; Xinhua, 12.12.02, nach BBC PF, 13.12.02; WSJ, 13.02.02; ITAR-TASS, 17.12.02, nach BBC PF, 18.12.02; Xinhua, 20.12.02, nach

FBIS, 23.12.02; Xinhua, 17.12.02, nach FBIS, 19.12.02) -em-

7 Politische Gespräche in Transrapid-Euphorie: Schröder in Beijing

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder traf am 29. Dezember zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch in China ein. Es war der vierte Besuch des Bundeskanzlers in der VR China. Diesmal diente die Visite im Wesentlichen der Einweihung der Transrapid-Strecke, die den neuen Shanghai-er Flughafen in Pudong mit der Stadt verbindet (vgl. die außenwirtschaftliche Übersicht zu diesem Thema).

Nach seiner Ankunft in Beijing traf der deutsche Bundeskanzler mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji zusammen. Beide Seiten bezeichneten die deutsch-chinesischen Beziehungen als ausgezeichnet. Schröder lobte besonders die gemeinsame Freundschaft. Zhu Rongji hielt fest, die deutsch-chinesische Zusammenarbeit befände sich in der besten Phase der Geschichte. Dass diese Euphorie zum Teil auf die bevorstehende Einweihung der Magnetschwebebahn in Shanghai zurückzuführen ist, offenbarten beide Politiker mehrfach, indem sie nicht müde wurden, die große Symbolkraft des Transrapid für die deutsch-chinesischen Beziehungen zu betonen. „Das Fehlen politischer Hindernisse mache es möglich, bei den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen aus dem Vollen zu schöpfen“, so der deutsche Bundeskanzler, der weiter verkündete, die Ein-China-Politik der Bundesregierung sei Teil der festen Basis der guten bilateralen Beziehungen.

Nach einem Meinungsaustausch über internationale Fragen, stellten beide Seiten Übereinstimmungen in der Nordkorea-, Afghanistan- und der Irak-Politik fest. Sie forderten von Nordkorea, sich an die Verträge zu halten, nukleare Verpflichtungen zu erfüllen und das wieder aufgenommene Nuklearprogramm zu beenden. Die Irak-Frage solle im UN-Sicherheitsrat gelöst werden.

Am zweiten Tag seines Besuchs in Beijing traf Schröder zunächst mit dem

noch amtierenden chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin und unmittelbar danach mit seinem designierten Nachfolger Hu Jintao zusammen. Der scheidende Staatspräsident nahm feierlich Bezug auf 30 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland und lobte den großen Beitrag der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit für Handel, Wissenschaft, Technik, Kultur, Bildung, Recht und Umweltschutz. Jiang Zemin verdeutlichte seine persönliche Wertschätzung der chinesisch-deutschen Beziehungen. Die intensiven Beziehungen beider Länder weiterzuentwickeln, bezeichnete er als ein „Vermächtnis“. In diesem Zusammenhang legte er dem Bundeskanzler seinen Nachfolger Hu Jintao als „Mann seiner Wahl“ ans Herz. Hu sei Garant für Kontinuität sowohl der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in China als auch der deutsch-chinesischen Freundschaft.

Hu Jintao würdigte Deutschlands wichtige Rolle bei der europäischen Erweiterung und den Beitrag zur Erhaltung von Frieden und Stabilität in der Welt. Er äußerte die Hoffnung, neben der chinesisch-deutschen Partnerschaft auch die chinesisch-europäische Zusammenarbeit festigen zu können. Im Anschluss an die Gespräche reiste Schröder zur Jungfernfahrt des Transrapid nach Shanghai weiter. (Xinhua, 29.12.02, nach BBC PF, 31.12.02; NZZ, 30.12.02; XNA, 30.12., 31.12.02; Welt online, 31.12.02; Bundesregierung online, 29.12.02; Xinhua, 30.12.02, nach BBC PF, 31.12.02; FAZ, 30.12.02; WSJ, 30.12.02; SCMP, 30.12.02) -em-

8 China und Kasachstan unterzeichnen Freundschaftsvertrag

Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew und Chinas Staatspräsident Jiang Zemin unterzeichneten während eines Besuchs Nasarbajews vom 23. bis 25. Dezember in Beijing ein „Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit“, dem von beiden Seiten historische Bedeutung beigemessen wurde. Offizielle diplomatische Beziehungen bestehen bereits seit zehn Jahren zwischen China und

Kasachstan. Das Freundschaftsabkommen lege eine solide juristische Grundlage für die weitere bilaterale Entwicklung im neuen Jahrhundert, verkündete Hu Jintao in einem Treffen mit Nasarbajew. Als Erfolg wertete Hu auch die Beilegung der Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Staaten.

Nasarbajew versicherte, weiter an der Ein-China-Politik festzuhalten. Neben Jiang Zemin und seinem designierten Nachfolger traf der kasachische Präsident auch mit Chinas Ministerpräsident Zhu Rongji und dem chinesischen Verteidigungsminister Chi Haotian zusammen.

Beide Seiten lobten den bilateralen Handel, der im Jahr 2002 über 1,5 Milliarden US-Dollar erreichte und in Zukunft durch verstärkte Kooperationen ausgeweitet werden soll. Dabei spielen Öl, Gas sowie der grenzüberschreitende Transport eine große Rolle. Aber auch kultureller Austausch und Tourismus sollen weiter gefördert werden. China gab die Zustimmung bekannt, eine Öl- und Gas-Pipeline von Kasachstan nach Westchina zu bauen. Schließlich wurde eine Übereinkunft für den Bau einer Eisenbahnstrecke entlang der Seidenstraße getroffen, die China und Kasachstan mit Europa und Südostasien verbinden soll.

Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization sowie die gemeinsame Front im Kampf gegen den Terrorismus, die durch die Einrichtung des Zentrums für Terrorismusbekämpfung in Bishkek gestärkt werde, wurde von beiden Seiten gewürdigt. Jiang Zemin und Nasarbajew schlossen eine Übereinkunft über militärische und technische Hilfe und unterzeichneten ein „Abkommen über den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ sowie ein „Abkommen über die Abwehr gefährlicher militärischer Aktivitäten“. (XNA, 21.12., 24.12., 25.12.02; Xinhua, 24.12.02, nach BBC PF, 25.12.02; Kazakhstan Today news agency, 25.12.02, nach BBC PF, 27.12.02; Kazakh Commercial Television, 26.12.02, nach BBC PF, 27.12.02; Kazakh Television first channel, 24.12.02, nach BBC PF, 25.12.02) -em-

9 30 Jahre diplomatische Beziehungen zu Australien und Neuseeland

Zum 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Australien tauschten der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji und sein australischer Amtskollege John Howard Glückwunschschriften aus.

Auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz hätten sich die bilateralen Beziehungen reibungslos entwickelt, Zusammenarbeit und Freundschaft seien gestärkt worden. Dies sei wichtig für die Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region, so die Worte Zhu Rongjis. Howard würdigte die Vielfalt der Übereinkünfte und Abkommen in Gebieten wie Verteidigung, Tourismus, konsularische Angelegenheiten und Völkerverständigung.

Li Peng, der bei dem Empfang zu diesem Anlass die chinesische Seite vertrat, lobte insbesondere die bilateralen Handelsbeziehungen. Er erinnerte auch an seinen Besuch in Australien im September. Diese Bezugnahme könnte unter Umständen gemischte Gefühle hervorgerufen haben, denn der damalige Besuch Li Pengs rief bei der australischen Öffentlichkeit – in Erinnerung an Li Pengs Rolle bei der Studentenniederschlagung im Jahr 1989 – große Proteste hervor. Chen Haoshu, der Präsident der Chinese People's Association for Friendship with Foreign Countries fungierte als Gastgeber des Banketts.

Die australische und neuseeländische Seite wurde jeweils von den Botschaftern in der chinesischen Hauptstadt repräsentiert. (XNA, 20.12., 22.12.02; C.a., 2002/09) -em-

Innenpolitik

10 Erste Medienauftritte der neuen Führungsspitze – Hu Jintao und Zeng Qinghong

Seit dem Ende des XVI. Parteitags der KPCh Mitte November haben Hu Jintao, der neu ernannte Generalsekretär

der KPCh, und Zeng Qinghong, Leiter des ZK-Sekretariats, zu verschiedenen politischen Anlässen „wichtige Reden“ gehalten. Wiederholt sind sie dabei gemeinsam aufgetreten – offenbar auch, um verbreiteten Spekulationen einer persönlichen Rivalität zwischen ihnen beiden entgegenzutreten. Insgesamt zeigt sich die neue Parteispitze um Hu Jintao bemüht, den Eindruck eines routiniert arbeitenden Führungskollektivs mit einheitlichen politischen Vorstellungen zu vermitteln.

Hu Jintao ergriff während der zweiten Novemberhälfte mehrfach die Gelegenheit, sich als würdiger Fahnenträger der Sache des „Sozialismus chinesischer Prägung“ und parteiideologisch kompetente Führungsgestalt zu profilieren. Seine ersten Reden und schriftlichen Stellungnahmen, in denen er zum Studium des „Geistes des XVI. Parteitags“ aufrief, bestanden in erster Linie aus Paraphrasierungen der Parteitags-Dokumente. So stellte er in einem ersten nach dem Parteitag veröffentlichten Artikel „Ein programmatisches Dokument des Marxismus“ in erster Linie den kollektiven Entstehungsprozess des Parteitags-Berichts des ZK heraus, der über mehr als ein Jahr hinweg ausführliche Konsultationen und Sondierungen beinhaltete, gab aber sonst nur die wichtigsten Schlagwörter des Berichts ohne jegliche eigene inhaltliche Gewichtung wieder.

Dies änderte sich Anfang Dezember, als Hu Jintao dazu übergang, im Rahmen des Parteitags-Diskurses eigene Akzente zu setzen. Den 20. Jahrestag der Verabschiedung der geltenden Verfassung von 1982 am 4. Dezember nutzte er etwa zu einer „wichtigen Rede“, in der er die hohe Bedeutung von Verfassung und Recht herausstrich. Keine Organisation oder Einzelperson, so äußerte er, dürfe sich über die Verfassung hinwegsetzen. Insbesondere führende Parteikader mahnte er zum Respekt vor der Autorität der Verfassung und der gewissenhaften Umsetzung rechtsstaatlicher Normen. Konkreten Ausdruck verlieh er diesen Forderungen, indem er die Mitglieder des Politbüros darauf verpflichtete, sich ab nun in kollektiven Studiensitzungen regelmäßig mit Verfassung